

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

Berlin, 22.04.2026

Senatskanzlei - III C

9(0)26-2352

guido.bockelmann@
senatskanzlei.berlin.de

An
den Vorsitzenden des Hauptausschusses
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über
Senatskanzlei - G Sen -

2502 F

Olympiabewerbung: Fragen zur Kostenschätzung

rote Nummer/n: 2502 A bis E

Vorgang: 97. Sitzung des Hauptausschusses vom 18. Februar 2026
99. Sitzung des Hauptausschusses vom 18. März 2026
100. Sitzung des Hauptausschusses vom 15. April 2026

***Ansätze:** Kapitel 0510/Titel 54053 Unterkonto 350 für die Bewerbung zu
Olympischen und Paralympischen Spielen in Berlin

abgelaufenes Haushaltsjahr:	2025	0,00 €
laufendes Haushaltsjahr:	2026	4.093.200,00 €
kommendes Haushaltsjahr:	2027	0,00 €
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	2025	0,00 €*)
Verfügungsbeschränkungen:	2026	0,00 €
aktuelles Ist (Stand 15.04.26)	2026	810.097,73 €

*) Im Haushaltsjahr 2025 waren die entsprechenden Mittel bei der Buchungsstelle 0510/68630/350 etatisiert, das IST betrug 240.399,24 €.

Gesamtausgaben: Entfällt

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Die Senatskanzlei wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 15.05.2026 einen Folgebericht zur Weiterentwicklung des Konzeptes Berlin+ einschließlich der Finanzierungskonzepte und der Stadtentwicklungskonzepte für die Olympiabewerbung aufzuliefern.

Die Senatskanzlei wird gebeten, dem Hauptausschuss bis zum 31.03.2026 darzustellen, wie sich das Investitionsbudget der Olympischen Spiele in Paris im Einzelnen zusammengesetzt hat, in welche Bereiche private Investitionen geflossen sind und welche konkreten Projekte umgesetzt wurden. Welche Finanzausgaben vom Bund bestehen für eine mögliche Ausrichtung der Olympischen Spiele in Berlin?

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigt an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 20.02.2026, 12 Uhr, Fragen nachzureichen, die vom Senat schriftlich beantwortet werden sollen.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hat folgende Fragen eingereicht:

Berichtszeitraum: 13. März 2026

In der amtlichen Kostenschätzung zum Volksbegehren „Rücknahme der Olympiabewerbung Berlin (Berlin+)“ heißt es auf Seite 3 unter Punkt 5; „Gleichzeitig würden dem Land Berlin Investitionen seitens der Wirtschaft, des Bundes und des IOC in einem hohen einstelligen Milliardenbereich sowie langfristige wirtschaftliche Effekte entgehen, die mittelbar auch Auswirkungen auf den landeshaushalt hätten (bspw. Steuereinnahmen).

- Welche Investitionen sind seitens der Berliner Wirtschaft während und nach einer erfolgreichen Olympiabewerbung zu erwarten?
- Welche Investitionen sind seitens des IOC während und nach einer erfolgreichen Olympiabewerbung zu erwarten?
- Mit welchen Effekten auf die Steuereinnahmen ist zu rechnen und wie ist deren Langfristigkeit zu erklären?“

Der Hauptausschuss hat zuletzt in seiner Sitzung vom 15.04.2026 einer Fristverlängerung bis zum 29.04.2026 zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

„Die Senatskanzlei wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 15.05.2026 einen Folgebericht zur Weiterentwicklung des Konzeptes Berlin+ einschließlich der Finanzierungskonzepte und der Stadtentwicklungskonzepte für die Olympiabewerbung aufzuliefern.“

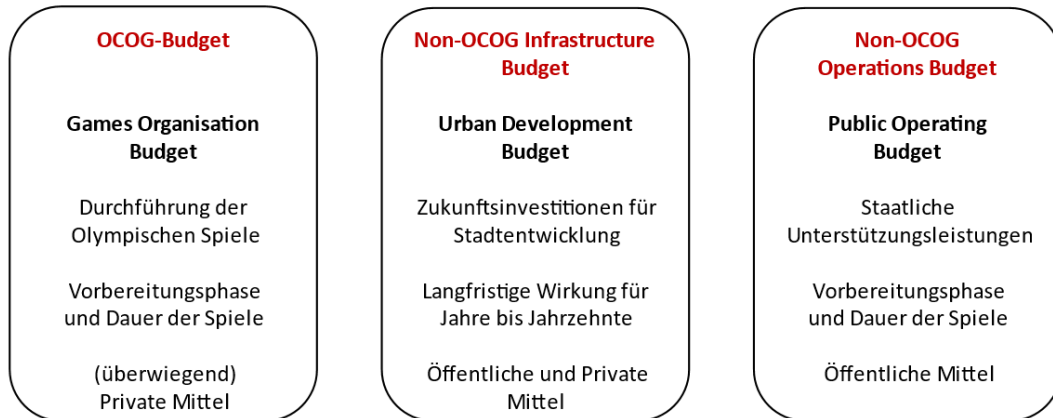
Auf der Grundlage des am 27.05.2025 der Öffentlichkeit vorgestellten und dem DOSB übermittelten Grobkonzepts erfolgt in Zusammenarbeit zwischen der beim Regierenden Bürgermeister von Berlin angesiedelten Steuerungseinheit unter der Leitung des Olympia-Beauftragten und der Teilprojektgruppe in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport die Weiterentwicklung des Bewerbungskonzepts BERLIN+.

Der DOSB hat seine erste Prüfung der von den Bewerberstädten und -regionen eingereichten Konzepte im September 2025 abgeschlossen und allen Konzepten die Erfüllung der operativen Mindestanforderungen bestätigt.

Auf dieser Grundlage hat der Olympia-Beauftragte Gespräche mit den olympischen Spitzenverbänden im DOSB geführt. Die aus diesen Gesprächen resultierenden Rückmeldungen bilden eine wesentliche Grundlage für die Weiterentwicklung des Konzepts BERLIN+. Die entwickelten Handlungsempfehlungen der Bürgercharta für Olympia während des Beteiligungsverfahrens fließen ebenfalls in das Konzept. Die Fertigstellung des Konzepts erfolgt bis Ende April und wird Grundlage der abschließenden Berichterstattung gegenüber dem Abgeordnetenhaus von Berlin, insbesondere zu den Themenkomplexen Stadtentwicklung, Legacy und Finanzierung. Abgabeschluss beim DOSB ist der 04.06.2026.

„Die Senatskanzlei wird gebeten, dem Hauptausschuss bis zum 31.03.2026 darzustellen, wie sich das Investitionsbudget der Olympischen Spiele in Paris im Einzelnen zusammengesetzt hat, in welche Bereiche private Investitionen geflossen sind und welche konkreten Projekte umgesetzt wurden. Welche Finanzausgaben vom Bund bestehen für eine mögliche Ausrichtung der Olympischen Spiele in Berlin?“

Die IOC-Budgetsystematik unterscheidet drei verschiedene Budgets:



Das Games Organisation Budget (GOB), ehemals OCOG-Budget, beinhaltet die operativen Kosten und Einnahmen, die durch die Organisation und Ausrichtung der Spiele entstehen, z. B.

- Wettkampfveranstaltungen
- Temporäre Sportstätten
- Administration, Personal und Volunteers
- Transport für Athleten und Offizielle
- Infrastruktur für Medienproduktion

Die Finanzierung erfolgt (fast ausschließlich) aus privaten Mitteln, die Bilanz ist nicht zuletzt aufgrund der Einnahmen aus dem IOC-Beitrag, Sponsoring, Ticketing und Merchandising in der Regel positiv.

OCOG-Budget | PARIS 2024

• Einnahmequellen ¹	
○ IOC-Beitrag	1,23 Mrd. €
○ Nationale Sponsoren & Partner	1,24 Mrd. €
○ Ticketverkauf & Hospitality	1,49 Mrd. €
○ Lizenzen & Merchandising	0,08 Mrd. €
○ Öffentliche Zuschüsse	0,22 Mrd. €
○ Sonstiges	0,24 Mrd. €
○ GESAMT	≈ 4,5 Mrd. €

• Ausgabenkategorien ²	
○ Sportliche Organisation	ca. 1,4 Mrd. €
○ Temporäre Infrastruktur	ca. 1,0 Mrd. €
○ Personal & Verwaltung	ca. 0,8 Mrd. €
○ Logistik, IT-Systeme, Medien	ca. 0,5 Mrd. €
○ Zeremonien & Kulturprogramme	ca. 0,3 Mrd. €
○ Vermarktung & Partneraktivierung	ca. 0,4 Mrd. €
○ GESAMT	≈ 4,4 Mrd. €

• Überschuss = 75,7 Mio. €
• 95% Finanzierung aus dem privaten Sektor
• Staatliche Garantien nicht in Anspruch genommen

Quellen:
 1) Cour des comptes, (2025), S. 24
 2) Organising Committee for the Olympic and Paralympic Games Paris 2024, (2025), S. 156
 3) Cour des comptes, (2025), S. 10

Das Urban Development Budget (UDB), ehemals Non-OCOG Infrastructure Budget, umfasst das Budget für Zukunftsinvestitionen. Dies beinhaltet Investitionen, die im

Zusammenhang mit den Spielen realisiert werden, die jedoch auch langfristige Wirkungen entfalten.

Dies umfasst Investitionen in:

- Wettkampf- und Trainingsstätten
- Sportinfrastruktur
- Olympisches und Paralympisches Dorf
- Verkehrsinfrastruktur
- Umwelt- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen

Das UDB wird aus öffentlichen und privaten Mitteln finanziert und ist im Vergleich von Einnahmen und Ausgaben zwar negativ, doch werden dauerhafte (öffentliche) Güter geschaffen, die bestenfalls höher zu bewerten sind als der dafür notwendige Mitteleinsatz. Aus fiskalischer Sicht des Landes ist zu berücksichtigen, dass hierin Mittel aus privaten Quellen und Bundesmittel einfließen, die ohne Olympische und Paralympische Spiele nicht akquiriert werden könnten.

Non-OCOG Infrastructure Budget | PARIS 2024

• Kostenart ¹		• Finanzierungsquellen ²	
○ Sportstätten	1.320 Mio. €	○ Staat und seine Einrichtungen	1,88 Mrd. € (52%)
○ Städtebauliche Maßnahmen	858 Mio. €	○ Gebietskörperschaften und ihre Einrichtungen (unterhalb des französischen Zentralstaats mit eigenständigen Haushalten und Investitionskompetenzen; Region, Kommune, Department)	1,63 Mrd. € (45%)
○ Verkehrsinfrastruktur	609 Mio. €	○ Unternehmen im öffentlichen Auftrag	0,116 Mrd. € (3%)
○ Sicherheitsinfrastruktur	305 Mio. €		
○ Umwelt- und Wasserprojekte	331 Mio. €		
○ Finanzierung und Reserven	209 Mio. €		
○ GESAMT	≈ 3,63 Mrd. €		

Quelle:
1) Cour des comptes. (2025), S. 25

Quelle:
2) Cour des comptes. (2025), S. 1226

Das Public Operating Budget (POB), ehemals Non-OCOG Operations Budget, -umfasst die Aufwendungen für öffentliche Dienstleistungen. Hierzu zählen staatliche Leistungen, die nicht dem GOB zugerechnet werden, aber für die Durchführung der Spiele erforderlich sind, z. B.:

- Sicherheitsmaßnahmen
- Polizei
- Grenzschutz und Terrorabwehr
- Gesundheitsversorgung

- Verkehrssteuerung

Das POB ist aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren.

Non-OCOG Operations Budget | PARIS 2024

• Kostenart ¹	
○ Sicherheit (Polizei, Militär, Grenzschutz)	1.440 Mio. €
○ Öffentlicher Verkehr (Organisation)	570 Mio. €
○ Mobilisierung der Bevölkerung (Events)	460 Mio. €
○ Subventionen an Organisationskomitee	224 Mio. €
○ Sonstige Öffentliche Leistungen	325 Mio. €
○ GESAMT	3,019 Mrd. €

Quelle:
1) Cour des comptes, (2025), S. 25

Die Gesamtlogik des IOC-Finanzierungsmodells stellt sich so dar, dass sich die operativen Kosten Olympischer Spiele selbst tragen. Infrastrukturinvestitionen gelten als Stadt- und Regionalentwicklungsprojekte, die ihren positiven Nutzen daraus ziehen, dass sie langfristig für den Durchführungsort nutzbar bleiben. Sicherheitskosten werden als gesamtstaatliche Verantwortung betrachtet.

Konkrete Finanzausgaben des Bundes für die Finanzierung Olympischer und Paralympischer Spiele liegen bislang nicht vor. Entsprechende Entscheidungen obliegen dem Deutschen Bundestag in zukünftigen Haushaltsjahren. Der DOSB bewirbt sich mit einer Bewerberstadt bzw. -region um Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland- und der Bund hat sich dazu bekannt, dass es sich beim Bewerbungsprozess um eine gemeinsame nationale Aufgabe handelt.

„Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hat folgende Fragen eingereicht:

Berichtszeitraum: 13. März 2026

In der amtlichen Kostenschätzung zum Volksbegehren „Rücknahme der Olympiabewerbung Berlin (Berlin+)“ heißt es auf Seite 3 unter Punkt 5; „Gleichzeitig würden dem Land Berlin Investitionen seitens der Wirtschaft, des Bundes und des IOC in einem

hohen einstelligen Milliardenbereich sowie langfristige wirtschaftliche Effekte entgehen, die mittelbar auch Auswirkungen auf den Landeshaushalt hätten (bspw. Steuereinnahmen).

- Welche Investitionen sind seitens der Berliner Wirtschaft während und nach einer erfolgreichen Olympiabewerbung zu erwarten?
- Welche Investitionen sind seitens des IOC während und nach einer erfolgreichen Olympiabewerbung zu erwarten?
- Mit welchen Effekten auf die Steuereinnahmen ist zu rechnen und wie ist deren Langfristigkeit zu erklären?“

Das Bewerbungsverfahren um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele gliedert sich in drei Phasen:

1. Den **nationalen Bewerbungsprozess**,
2. den **internationalen Bewerbungsprozess** nach Auswahl einer nationalen Bewerberstadt durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und
3. **die Organisation und Durchführung der Spiele**, nachdem das Internationale Olympische Komitee (IOC) den Zuschlag erteilt hat.

Für die Beantwortung der Fragen 1 und 2 sind die Phasen „internationaler Bewerbungsprozess“ und „Organisation und Durchführung der Spiele“ relevant.

Während einer laufenden Olympiabewerbung sind seitens der regionalen Wirtschaft zwar keine belastbar quantifizierbaren Investitionen in größerem Umfang zu erwarten. Gleichwohl finden in dieser Phase punktuelle unterstützende Aktivitäten einzelner Unternehmen statt.

Nach einer erfolgreichen Olympiabewerbung werden private Investitionen dort erfolgen, wo Unternehmen ihre Kapazitäten, Angebote oder Standorte im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung und geplanter Nachnutzung anpassen oder erweitern.

In Betracht kommen insbesondere Investitionen in den Bereichen Beherbergung, Tourismus, Digitalisierung, Veranstaltungstechnik, Logistik, Transport, Gastronomie und Sicherheit. Eine belastbare Quantifizierung möglicher Investitionen seitens der Berliner Wirtschaft ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Umfang und Art solcher Investitionen hängen maßgeblich vom konkreten Bewerbungs-, Infrastruktur-, Finanzierungs-, Vergabe- und Nachnutzungskonzept ab. Einen Anhaltspunkt bieten jedoch die Erfahrungen der Olympischen und Paralympischen Spiele von Paris 2024.

Nach den vorliegenden Evaluierungen ist davon auszugehen, dass Sportgroßveranstaltungen grundsätzlich positive Effekte auf Wertschöpfung und Steueraufkommen auslösen, insbesondere über zusätzlichen Konsum, Übernachtungen, Beschäftigung und Unternehmensumsätze.

Diese sind zu einem hohen Anteil temporär, wobei die Vorbereitungsphase auf die Spiele, in der insbesondere die Ertüchtigung der erforderlichen Infrastruktur im Mittelpunkt steht, ja bereits einen mehrjährigen Zeitraum umfasst, in dem die entsprechenden Effekte in die Investitionstätigkeit und Beschäftigung wirken. Im Falle von Paris 2024 lag dieser Effekt lt. Studie der OECD insbesondere bei 30.000 Arbeitsplätzen im Baugewerbe für den Bau oder die Sanierung von Sportstätten.

Während der Vorbereitung bis hin zu den Spielen Paris 2024 wurden 89.300 Arbeitsplätze für die Durchführung der Spiele selbst mobilisiert. Dieser Beschäftigungseffekt beinhaltet das Organisationskomitee Paris 2024 und Zulieferer.

Schließlich bauten sich zu den olympischen und paralympischen Wettkämpfen bis zu 61.800 Arbeitsplätze im Tourismussektor für die Betreuung von Besuchern (Touristen, Mitglieder der olympischen Familie, Medienvertreter, Sponsoren und Freiwillige) auf.

Dabei wurde in Paris ein besonderer Fokus auf regionale Wertschöpfung und nachhaltige Beschaffung gelegt mit einem hohen Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen aus der Sozial- und Solidarwirtschaft zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Für Paris 2024 hat die Banque de France den gesamtwirtschaftlichen Effekt auf das französische BIP im dritten Quartal 2024 auf rund 0,25 Prozentpunkte geschätzt.

Dauerhafte Steuermehreinnahmen entstehen dann, wenn aus der Veranstaltung zusätzliche Wertschöpfung durch Nachnutzung, Tourismus, Standortentwicklung oder verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen resultiert. Diese Effekte werden weiterhin untersucht.

Während einer laufenden Olympiabewerbung sind seitens des IOC zwar keine Finanzierungsbeiträge in den Standort zu erwarten. Das IOC hat sein Gastgeberverfahren allerdings seit dem Jahr 2024 so weiterentwickelt, dass Bewerbungen im Dialog begleitet und die Bewerbungskosten für potenzielle Gastgeber gesenkt werden. Damit sind aktuelle Bewerbungsverfahren nicht vergleichbar mit früheren Vergaben Olympischer und Paralympischer Spiele. Dies bringt jedoch keine standortbezogenen Investitionen des IOC in Infrastruktur oder Wirtschaft vor der Vergabe mit sich.

Nach einer erfolgreichen Bewerbung ist seitens des IOC vor allem ein vertraglich geregelter Finanzierungsbeitrag für das Organisationskomitee zu erwarten. Das IOC stellt Mittel aus Medienrechten und dem Sponsorenprogramm für die Durchführung der Spiele bereit. Für Paris 2024 hat das IOC rund 1,7 Milliarden USD (ca. 1,6 Milliarden EUR) beigetragen. Für die Spiele 2028 in Los Angeles sowie 2032 in Brisbane sind jeweils etwa

1,8 Milliarden USD als IOC-Beitrag vorgesehen. Diese Mittel dienen typischerweise nicht Investitionen, sondern der Planung, Organisation und Durchführung der Spiele. Im Falle einer erfolgreichen Bewerbung Berlins ist ein Beitrag des IOC in einer vergleichbaren Größenordnung zu erwarten, der mit Einkommenseffekten und Steuereinnahmen auf Bundes- und Landesebene verbunden ist.

Die langfristigen Effekte von Paris 2024 werden weiterhin wissenschaftlich ermittelt.

Langfristige Effekte resultieren aus **Investitionen**, die im Zusammenhang mit den Spielen realisiert werden.

Dies gilt insbesondere für

- Wettkampf- und Trainingsstätten,
- Sportinfrastruktur,
- Olympisches und Paralympisches Dorf,
- Verkehrsinfrastruktur,
- Umwelt- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen.

Die im Zusammenhang mit Olympischen und Paralympischen Spielen ertüchtigten Wettkampf- und Trainingsstätten stehen langfristig sowohl für den Leistungssport als auch für den Breiten-, Freizeit und Schulsport zur Verfügung. Sportstätten, die für Wettbewerbe auf olympischem Niveau ertüchtigt worden sind, sind auch in Folgejahren attraktive Standorte für internationale und nationale Wettbewerbe, Welt- und Europameisterschaften in den verschiedenen Sportarten.

Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und der Umwelt zeigt Paris, dass die Perspektive Olympischer und Paralympischer Spiele einen Katalysator für entsprechende Investitionen darstellt – der prominenteste Effekt war in diesem Zusammenhang die Sanierung der Seine.

Sicherlich sind entsprechende Investitionen – bspw. in ein Olympisches und Paralympisches Dorf, das nach den Spielen als kostengünstiger Wohnraum zur Verfügung steht – auch ohne Olympische und Paralympische Spiele möglich. Tatsächlich bietet jedoch die Perspektive des weltweit größten Sportereignisses einen Legislaturperioden übergreifenden Fixpunkt, der die Realisierung entsprechender ineinandergreifender, langfristiger Planungen zu hoher Verbindlichkeit verhilft.

Nicht zu unterschätzen sind die potenziellen positiven volkswirtschaftlichen Effekte Olympischer und Paralympischer Spiele durch eine höhere Verankerung des aktiven, gesunden Sporttreibens im Bewusstsein der Bevölkerung. So wurden die Spiele in Paris 2024 bspw. dafür genutzt, in Schulen in ganz Frankreich an jedem Tag 30 Minuten sportliche Aktivitäten zu etablieren.

All diese Wirkungskreise unterstreichen den Leitgedanken der Reform des Vergabeverfahrens des IOC für die Olympischen und Paralympischen Spiele, dass die olympische Bewegung als globaler Multiplikator für nachhaltige Entwicklung wirken soll.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

In Vertretung

Florian Graf

Chef der Senatskanzlei